



Zürich, 3. Juni 2010

Die revidierte Parkplatzverordnung ist Teil einer klugen Mobilitätsstrategie

Mit der heute zu behandelnden, vom damaligen Departementsvorsteher Martin Waser vorgelegten Teilrevision der Parkplatzverordnung führt die Stadt Zürich ihre kluge Mobilitätsstrategie konsequent weiter. Sie ist Ausdruck der weitsichtigen und den urbanen Gegebenheiten angepassten Stadtentwicklung. Die bestehende Verordnung ist bereits seit 12 Jahren in Kraft und muss daher dringend der aktuellen und zukünftigen Verkehrsentwicklung angepasst werden.

Obwohl die aktuelle Vorlage über ein Jahr lang in der gemeinderätlichen Spezialkommission Verkehr parkiert wurde und die Weiterbehandlung in der Kommission zu verhindern versucht wurde, konnte die stadträtliche Weisung ordentlich in der letzten Legislatur abgeschlossen werden. Die SP-Fraktion würdigt die stadträtliche Weisung insbesondere in folgenden Punkten:

- Fast die Hälfte der Haushalte in der Stadt besitzt kein eigenes Auto. Diesem Umstand wird nun endlich Rechnung getragen, in dem erstmals autoarmes Wohnen gefördert wird. Parkplätze verteuern unnötig das Bauen und somit die Wohnungen. Dies widerspricht unseren Überzeugungen.
- Seit Jahren nimmt der Wohnflächenbedarf pro Person zu. Die neue Parkplatzverordnung antizipiert die Bauentwicklung mit immer grösser werdenden Wohneinheiten in der Stadt. Künftig soll pro 120 m² Wohnfläche ein Parkplatz gebaut werden. Bisher lag der Wert bei 100 m².
- Die Anzahl bewilligungspflichtiger Privatparkplätze soll stärker an die Erschliessungsqualität des öffentlichen Verkehrs gekoppelt werden. Die Formel lautet: Je dichter der VBZ-Fahrplan, desto weniger Parkplätze. Die SP begrüsst den Ausbau der Reduktionsgebiete, fordert jedoch weitergehende Eingriffe. Z. B. soll das Gebiet um die öV-Drehscheibe Oerlikon ins Reduktionsgebiet B umklassiert werden.

Als einzige Fraktion unterstützt die SP auch das Fahrtenmodell, wie es vom Stadtrat vorgeschlagen wird. Das Fahrtenmodell ist ein unbürokratisches und effektives Instrument, um das Fahrzeugaufkommen in einem beschränkten Perimeter zu kontrollieren. Grundeigentümer oder Bauherren können sich dieser Massnahme *freiwillig* unterstellen, was auf Stadtgebiet verschiedentlich schon geschehen ist. Umso unverständlicher ist es für die SP-Fraktion, dass die Grüne Partei dem Fahrtenmodell die Unterstützung versagt.



Auch nach Inkrafttreten der neuen Parkplatzverordnung gibt es einen Überhang von rund 16'000 Parkplätzen auf privaten Grundstücken zu verzeichnen. Die SP setzt sich dafür ein, dass eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, um auf diesen 200'000 m² etwas Sinnvolleres entstehen zu lassen.

Weitere Auskünfte:

- Andrew Katumba, Gemeinderat SP, 079 336 28 82
- Marianne Aubert, Gemeinderätin SP, 078 837 08 54
- Min Li Marti, Präsidentin der SP-Fraktion, 079 344 54 71